

MA 64 - 1582409/2014

Wien, am 12.11.2014

1. Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2015) geändert wird;
 2. Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – Strom-Systemnutzungsentgelteverordnung 2012 – Novelle 2015) geändert wird;
- Stellungnahme

Termin: 13.11.2014

Vorher zur Einsicht:

Herrn amtsführenden

13. NOV. Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt- 14. NOV. 2014
erneuerung:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu den Entwürfen der im Betreff näher bezeichneten Verordnungen wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Allgemeines:

Grundsätzlich wird angemerkt, dass die Tarifierung der Systemnutzungsentgelte nicht nachvollziehbar ist und wird daher im Sinne der Transparenz angeregt, die Tarifierung in den Erläuterungen genauer zu beschreiben bzw. zu begründen.

Aus den Erläuterungen geht nicht hervor, inwieweit im Rahmen der Tarifierung Art. 15 und Anhang XI der Energieeffizienz-Richtlinie (2012/27/EU) bzw. die Leitlinien der Kommission zur Durchführung der Energieeffizienz-Richtlinie, COM(2013) 762 final (Mitteilung der Kommission vom 6.11.2013 an das Parlament und den Rat zur Durch-

führung der Energieeffizienzrichtlinie – Leitlinien der Kommission) berücksichtigt wurden. Sollte die Regulierungskommission die Auffassung vertreten, dass Art. 15 und Anhang XI der Energieeffizienz-Richtlinie (2012/27/EU) im gegenständlichen Fall nicht anzuwenden sind, möge dies in den Erläuterungen begründet werden.

I. Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2015:

Wie den Erläuterungen zu entnehmen ist, steigt im Netzbereich Wien für einen Musterkunden der Netzebene 2 das Netzentgelt um 0,54 Prozent, sinkt es hingegen für einen Musterkunden der Netzebene 3 um 0,32 Prozent. Zwischen 2010 und 2015 steigen somit die Gasnetznutzungstarife in der Netzebene 2 um ein vielfaches stärker an, als in der Netzebene 3. Dies ist insofern nicht nachvollziehbar, als sich die Erdgasmengen, die über die Netzebene 2 abgegeben werden mit jenen der Netzebene 3 die Waage halten.

Diese unterschiedliche Entwicklung der Netznutzungsentgelte der Netzebene 2 und 3 wird darüber hinaus auch im Hinblick auf die Zielsetzungen des GWG 2011 hinterfragt, dessen Ziele unter anderem vorsehen, dass ein effizienter Einsatz von Erdgas gewährleistet sein muss. Diese gesetzliche Vorgabe gilt es auch bei der Tarifierung zu beachten. Die Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie mit dem Primärenergieträger Erdgas nutzt Erdgas auf die effizienteste Art. Daher wäre grundsätzlich zu erwarten gewesen, dass sich die Tarife der Netzebenen 2 und 3 im selben Ausmaß verändern. Zu hinterfragen ist, ob die derzeitige Tarifierung volkswirtschaftlich und langfristig betrachtet nicht den Interessen aller Netznutzer widerspricht, da im Falle einer Stilllegung der erdgasbefeuerten Großanlagen der Netzebene 2 aus wirtschaftlichen Gründen die Netzebene 3-Kunden letztendlich die gesamten Kosten alleine zu tragen hätten.

Es wird daher ersucht, sofern die Regulierungskommission die Tarifierung nicht ändert, in den Erläuterungen die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Netzentgelte in den beiden Netzebenen nachvollziehbar darzustellen.

Es wird angeregt, für gasbefeuerte hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen einen eigenen (niedrigeren) Netznutzungstarif zu verankern. Art. 15 der Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU sieht unter anderem vor, dass Netztarife und die Netzregulierung spezifische Energieeffizienzkriterien zu erfüllen haben und eine Laststeuer-

nung nicht behindern dürfen. Daraus könnte abgeleitet werden, dass bei der Tarifierung der Gasnetznutzungsentgelte ein „niedrigeres“ Netznutzungsentgelt für gasbeheizte hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Verhältnis zu anderen Netznutzern derselben Netzebene zulässig wäre bzw. eventuell sogar geboten erscheint. Letzteres deshalb, weil nach der Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU seitens der Union der vorrangige Zugang und die vorrangige Inanspruchnahme von Strom aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) energie- und klimapolitisch als erwünscht angesehen werden.

Der privilegierte Tarif sollte jedoch auf Zeiten der kombinierten Strom/Wärmeproduktion (Wintermonate bzw. Heizperiode) beschränkt bleiben. Da es sich hierbei aber um eine staatliche Maßnahme im Sinne Art. 107 AEUV handelt, wäre dieser Spezialtarif aus Gründen der Rechtssicherheit bei der Europäischen Kommission zu notifizieren. Aus demselben Grund wäre auch der Netznutzungstarif gemäß § 4 Z 8, der für Pumpspeicherkraftwerke zur Anwendung kommt, zu notifizieren.

Anzumerken ist, dass eine Maßnahme zur Steigerung der Liquidität am Strom-Regelenergiemarkt, wie dies in § 10 Abs. 6c vorgesehen ist, einen erheblichen Mehraufwand im Zuge der Verrechnung zur Folge haben kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass die beabsichtigten Änderungen in § 10 Abs. 7 voraussichtlich zu unverhältnismäßigen Mehrkosten führen, da der Netzbetreiber bereits nach der bestehenden Regelung im Internet ein Modell zur Darlegung der Berechnungsmethodik zur Verfügung stellt, anhand dessen die „Zonen-Aliquotierung“ und die rechnerische Verbrauchsabgrenzung nachvollzogen werden kann. Die Anzahl diesbezüglicher Kundenanfragen ist außerdem nach Auskunft des Verteilernetzbetreibers sehr gering und es wäre daher unverhältnismäßig, die dafür notwendigen Kosten, die letztendlich über die Netzentgelte auf alle Kunden verteilt werden, in Kauf zu nehmen. Darüber hinaus ist der überwiegende Anteil der Wiener Kunden von der zonenmäßigen Aliquotierung überhaupt nicht betroffen, da die erste Mengenzone mittlerweile bis zu einem Jahresverbrauch von 40.000 kWh geht und der Großteil der Wiener Gaskunden gar nicht in die zweite Mengenzone kommt. Das Thema ist daher nur für sehr wenige Kunden überhaupt relevant und steht die Einführung eines elektronischen Verbrauchsrechners dazu in keiner Relation.

II. Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – Novelle 2015:

ad § 2 Abs. 1:

Für den Netzbereich Österreich und Vorarlberg sieht der Entwurf vor, dass 63 Prozent der Kosten des Übertragungsnetzbetreibers nach der Bruttomethode zu wälzen sind, für den Netzbereich Tirol beträgt der Anteil im Gegensatz zu den Jahren davor nur mehr 40 Prozent. Die Begründung dafür möge in den Erläuterungen nachvollziehbar dargestellt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu hinterfragen, aus welchen Gründen im Netzbereich Österreich und Vorarlberg der Prozentsatz von 63vH nicht ebenfalls gesenkt werden kann.

ad § 4:

In § 4 Abs. 1 Z 9 wird das Netznutzungsentgelt für Erbringer von Regelreserve auf die Netzebenen 1 - 6 ausgeweitet. Es wird darauf hingewiesen, dass die Abrechnung eines reduzierten Netztarifs für die betroffenen Netzbetreiber einen erheblichen Zusatzaufwand mit sich bringt und eine Umsetzung mit 1.1.2015 als unmöglich erscheint. Derzeit ist nicht bekannt, ob für den geringen Anwendungsbereich eines reduzierten Regelenenergie-Netztarifs eine automatisierte Abrechnung möglich ist. Die geplante Ausweitung des reduzierten Netztarifs bis auf die Netzebene 6 bedeutet jedoch, dass eine viel größere Anzahl an Kunden in den Genuss des Regelenenergie-netztarifes kommen könnte, wodurch eine automatisierte Abrechnung dieser Thematik unumgänglich wäre.

Es wird daher angeregt vor einer Ausweitung auf weitere Netzebenen sämtliche Unklarheiten im Zusammenhang mit der Abrechnung der Netztarife zu klären, damit von Anfang an eine korrekte Abrechnung ermöglicht wird.

ad § 8:

Aus dem vorliegenden Entwurf geht hervor, dass das Systemdienstleistungsentgelt von 0,1630 Cent je Kilowattstunde auf 0,2510 je Kilowattstunde steigt, die Erläuterungen lassen allerdings vermissen, welche Kostensteigerungen genau die Begründung für eine solche Anpassung darstellen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass das Systemdienstleistungsentgelt durch die vorliegende Novelle im Vergleich zur geltenden SNE-VO aus dem Jahr 2012 um 54 % erhöht wird. Seit dem Jahr 2011 stiegen die Kosten für das Sy-

stemdienstleistungsentgelt gar um 158 %. Daraus entstehen allein durch die Steigerung des Systemdienstleistungsentgelts von 2014 auf 2015 jährliche Mehrkosten von mehr als 50 Millionen Euro (Basis Systemdienstleistungspflichtige Erzeugungsmenge 2013). Mit dem Systemdienstleistungsentgelt werden 78 Prozent der Kosten für die Sekundärregelung und die Ausfallsreserve abgedeckt. 2013 entfielen ca. 90 % der relevanten Gesamtkosten auf die Sekundärregelung. Während die Kosten für die Ausfallsreserve seit 2012 relativ stabil geblieben sind, steigen die Kosten für die Sekundärregelung weiter an.

Es mögen daher in den Erläuterungen die Gründe für die extreme Kostensteigerung für die Sekundärregelung genau dargestellt werden.

Referentin:
Mag.^a Christina Pass-Dolezal
☎ 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen
Die Abteilungsleiterin:
Dr.ⁱⁿ Cordula Donner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung der elektronischen
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>

Ergeht an:

Energie-Control Austria, per E-Mail: tarife@e-control.at

Nachrichtlich an:

- 1.) MD-K;
- 2.) MD-E;
- 3.) MA 5;
- 4.) MA 20;
- 5.) Wien Energie GmbH;
- 6.) Wiener Netze GmbH
- 7.) Verbindungsstelle der Bundesländer.